

Redmail

SPD Hameln-Pyrmont

Ausgabe 04/2006 ■ 28. April 2006



Gabriele Lösekrug-Möller

„Deine Würde ist unser Maß“

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlicher Gewalt.“

So lautet Artikel 1 unseres Grundgesetzes und eigentlich müsste man meinen, dass das Motto des diesjährigen 1. Mai „Deine Würde ist unser Maß“ eine blanke Selbstverständlichkeit ist. Schließlich wird die Menschenwürde in unserem Grundgesetz an erster Stelle genannt.

Leider müssen wir aber feststellen, dass ein Leben in Würde für viele Menschen keine Selbstverständlichkeit ist. In Deutschland

- sind annähernd 5 Mio. Menschen arbeitslos
- haben rd. 500.000 junge Menschen weder einen Ausbildungsplatz noch einen Bildungsabschluss
- reicht das Einkommen von immer mehr Menschen nicht mehr aus, um davon eigenständig leben zu können
- haben rd. 300.000 Menschen keinen Krankenversicherungsschutz
- werden immer mehr Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe ausgegrenzt und dieses Ausgegrenzt-Sein wird häufig von einer Generation zu nächsten „vererbt“

Es ließen sich noch viele Belege dafür anführen, warum das diesjährige Motto des DGB richtig gewählt ist.

Selbstverständlich ist nichts und soziale Grundrechte müssen immer von Neuem verteidigt oder wieder eingefordert werden.

Das ist die gemeinsame Aufgabe von Gewerkschaften und SPD!

Zum Tag der Arbeit 2006 wünsche ich Euch auch alles Gute

Eure

Gabriele Lösekrug-Möller

Inhalt

Aus dem Unterbezirk

- Bürgermeisterkandidat für Hess. Oldenorf
- Bayrischer Abend mit Ludwig Stiegler
- Ortsumgehung Wehrbergen
- Kreiswahlkonferenz

Aus Hannover

- Elbehochwasser

Aus Berlin

- 1. Mai
- Grundsatzprogramm
- Nie wieder Tschernobly
- Rechtsextremismus bekämpfen

Termine

Aus dem Unterbezirk

Harald Krüger – Bürgermeister für Hessisch Oldendorf

Information des Unterbezirks Hameln- Pyrmont

Seit letzter Woche Donnerstag ist es amtlich; im Rahmen einer Mitgliederversammlung wurde mit 98,5 % der Bürgermeisterkandidat des SPD-Stadtverbandes Hessisch Oldendorf gewählt.

Mit dem 46-jährigen Ersten Stadtrat der Stadt Hess. Oldendorf haben die Genossinnen und Genossen vor Ort einen Kandidaten gekürt, der mit seiner langjährigen Berufserfahrung als stellvertretender Stadtdirektor alle fachlichen und persönlichen Kompetenzen mitbringt.

„Weil ich es will und weil ich es kann“, so brachte Harald Krüger seine Motivation in seiner Nominierungsrede auf den Punkt.

Eine ausführliche Vorstellung von Harald Krüger folgt in Kürze.

Bayrischer Abend mit Ludwig Stiegler Veranstaltung der Unterbezirke Holzminden und Hameln-Pyrmont

Unter dem Motto „Unsere Kommunen. Hier fängt die Zukunft an!“ nimmt das Mitglied des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Chef der Bayern SPD, Ludwig Stiegler, an einer gemeinsamen Veranstaltung der SPD-Unterbezirke Holzminden und Hameln-Pyrmont teil.

Zum dritten Mal konnten die Unterbezirke im Rahmen ihrer Dialogoffensive einen bundespolitischen Prominenten gewinnen.

Die Veranstaltung findet statt

am Samstag, dem 6. Mai 2006
um 18.00 Uhr (Einlass: 17.30 Uhr)
im Ausflugsgasthaus Mittendorf, Buchhagen 2
in Bodenwerder/Buchhagen.

Bitte werbt im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis für die Veranstaltung und erscheint zahlreich. Anmeldungen bitte per Mail an Hameln-Pyrmont@spd.de oder telefonisch (05151-1073380).

Ein interessantes Rahmenprogramm wird geboten. Es lohnt sich!

Einsatz und Ausdauer haben sich gelohnt: Ortsumgehung Wehrbergen wird noch in diesem Jahr begonnen!

Gemeinsame Pressemitteilung von Gabriele Lösekrug-Möller, MdB und Volker Brockmann, MdL

Für Freude bei den SPD-Abgeordneten Gabriele Lösekrug-Möller, MdB, und Volker Brockmann, MdL, sorgte eine Nachricht aus dem Bundesverkehrsministerium. Wie Staatssekretär Jörg Hennerkes mitteilte, könne der Bau von vier Ortsumgehungen in Niedersachsen noch in diesem Jahr begonnen werden, darunter auch die Ortsumgehung Wehrbergen.

„Der stetige Einsatz in den Ministerien auf Bundes- und Landesebene hat sich gelohnt. Wir sind den zuständigen Beamten bis hin zu den Ministern zum Teil schon auf die Nerven gegangen, haben aber nicht locker gelassen! Wie man sieht mit Erfolg!“ so beide Abgeordnete unisono.

Bisher war mit einem Baubeginn erst für 2008 zu rechnen. Nun ist zu erwarten, dass bis dahin der notwendige Lückenschluss der B 83 zwischen Fischbeck und Hameln zur Entlastung Wehrbergens und seiner Bürgerinnen und Bürger bereit fertig gestellt und eingeweiht sein wird. Wehrbergen kann aufatmen, denn auch der Einsatz im Ort hat sich ausgezahlt!

Herzlichen Glückwunsch!

Kreiswahlkonferenz

Kommentar von Peter Schulze, Büroleiter

Das Kreiswahlprogramm wurde einstimmig verabschiedet und die Kandidatinnen- und Kandidatenlisten der SPD Hameln-Pyrmont für die Kreistagswahl am 10. September stehen. Dies ist das Ergebnis der Kreiswahlkonferenz.

Der Unterbezirk hatte am 21. April zu seiner Kreiswahlkonferenz ins Wilhelm-Gefeller-Bildungszentrum in Bad Münder geladen. Von 125 Delegierten waren 124 Delegierte anwesend. Dazu gesellte sich eine Vielzahl von Gästen. Es wurden u.a. viele ehemalige Landtagsabgeordnete sowie die Ober- und BürgermeisterkandidatInnen aus den Städten und Gemeinden gesehen.

Auch Wolfgang Jüttner, Chef der SPD-Landtagsfraktion und Vorsitzender des SPD –Bezirks Hannover, ließ sich seine Beteiligung an der Versammlung nicht nehmen. In seiner kämpferischen Rede machte Wolfgang Jüttner deutlich, wie sehr ihm an diesem „starken roten Wahlkreis“ liege. Schließlich solle die Kommunalwahl die Weichen für einen folgenden Machtwechsel in Hannover stellen. Jüttner wolle dann als Ministerpräsident in die Staatskanzlei einziehen. „Wir wollen die stärkste Kraft in Niedersachsen werden“, so der Fraktionsvorsitzende.

Die anschließende Verabschiedung der Kreistagslisten verlief harmonisch und eindrucksvoll. Alle unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die 8 Wahlbereiche bei der Kreistagswahl haben über 95 % Zustimmung erhalten. Ein tolles Ergebnis! Es zeigt, dass wir mit hervorragenden Kandidatinnen und Kandidaten geschlossen in den Wahlkampf gehen.

In Kürze mehr zu den Listen und zum Kreiswahlprogramm auf den überarbeiteten Internetseiten des Unterbezirks (www.spd-hameln-pyrmon.de).

Aus Hannover

Untersuchungsausschuss zum Elbehochwasser Pressemitteilung des Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Jüttner, MdL

Jüttner: „Kein Politklamauk, sondern sachliche Aufklärung“
- SPD beantragt Untersuchungsausschuss zum Elbehochwasser

Die SPD wird die Versäumnisse der Landesregierung beim Hochwasserschutz und beim Krisenmanagement im Zusammenhang mit dem Elbehochwasser in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufklären. Ziel ist es, die Bevölkerung in Zukunft besser vor Flutkatastrophen zu schützen. Das kündigte der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Jüttner heute im Anschluss an eine Sondersitzung des Umweltausschusses zu diesem Thema an.

„Minister Sander hat heute auf die entscheidenden Fragen keine Antworten gegeben. Er konnte nicht erklären, warum in Niedersachsen – anders als in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – die Landesregierung erst viel zu spät auf die steigenden Wasserstände reagiert hat“, sagte Jüttner. „Und er konnte nicht plausibel machen, warum die Landesregierung die Maßnahmen zum vorbeugenden Hochwasserschutz, die der Landtag im Oktober 2002 einstimmig beschlossen hat, nicht umgesetzt hat.“ Statt aufzuklären habe Minister Sander heute erneut versucht, die Verantwortung auf andere Bundesländer und die Kommunen abzuwälzen.

Aus Sicht der SPD soll sich der Untersuchungsausschuss auf vier Komplexe konzentrieren:

- Die Versäumnisse beim vorbeugenden Hochwasserschutz nach den Erfahrungen mit dem Elbehochwasser 2002,
- die Probleme bei der länderübergreifenden Zusammenarbeit,
- die Ursachen und Folgen des viel zu spät begonnenen Krisenmanagements und
- die Schlussfolgerungen, die aus den Erfahrungen der jüngsten Flut zu ziehen sind.

„Es ist nicht nur das Recht, sondern die Pflicht des Landtages, mögliche Versäumnisse der Regierung aufzudecken – zumal, wenn so viele Menschen unmittelbar betroffen sind“, sagte Jüttner. „Deshalb verstehe ich nicht, warum Herr McAllister unser Vorgehen kritisiert. Schließlich hat der Umweltminister die mögliche Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ausdrücklich begrüßt“, so Jüttner. Es sei selbstverständlich, dass in einem solchen Ausschuss auch die Erfahrungen mit der Flut 2002 diskutiert werden müssten.

„Alle Experten gehen davon aus, dass es in Zukunft auch wegen des Klimawandels mehr und schlimmere Hochwasserkatastrophen geben wird. Darauf muss sich das Land vorbereiten. Der Untersuchungsausschuss soll nicht nur Vergangenheitsbewältigung betreiben, sondern helfen, Konzepte für die Zukunft zu entwickeln“, so Jüttner.

„Wir wollen keinen Politklamauk, sondern sachliche Aufklärung. Deshalb hoffe ich, dass der Untersuchungsausschuss konzentriert arbeitet und möglichst schnell – am besten noch vor der Sommerpause – seine Ergebnisse vorlegt“, betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende.

Die SPD wird den formellen Antrag zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses in dieser Woche stellen. Der Landtag kann dann schon in der Plenarsitzung ab dem 16. Mai die Einsetzung des Ausschusses beschließen. Die SPD wird beantragen, dass der Ausschuss – wenn er seine Arbeit nicht schon zuvor abgeschlossen hat – auch während der Parlamentsferien tagt.

Aus Berlin

Der Mensch steht im Mittelpunkt unseres Handelns!

Aufruf des SPD-Parteivorstandes zum 1. Mai

Der Deutsche Gewerkschaftsbund stellt die Kundgebungen des diesjährigen 1. Mai unter das Motto: „Deine Würde ist unser Maß“.

Dieses Motto bringt zum Ausdruck, worum es uns allen gehen muss: Wir Sozialdemokraten stellen die Würde des Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik.

Der Sozialstaat ist ein elementarer Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaftsordnung. Wirtschaftlicher Erfolg, soziale Sicherheit und Beteiligungsrechte sind keine Gegensätze. Sie bedingen einander und sind Grundlage des sozialen und ökonomischen Erfolgs unseres Landes. Wir Sozialdemokraten wollen den Sozialstaat verbessern und angesichts neuer Herausforderungen wirksamer ausgestalten. Dabei ist unsere Maxime: Im Mittelpunkt steht der Mensch!

Der vorsorgende Sozialstaat ist unser Leitbild. Unser Ziel ist die soziale und ökonomische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Wir wollen Chancengleichheit für den Zugang zum Arbeitsmarkt und für die bestmögliche

Ausbildung. Die Teilhabe an Bildung darf nicht durch Herkunft, Geschlecht oder den Geldbeutel der Eltern bestimmt sein. Und wir wollen das zentrale Versprechen des Sozialstaates wieder stärken: soziale Sicherheit und Vorsorge gegen die großen Lebensrisiken wie Krankheit, Altersarmut und Arbeitslosigkeit. Die Stärkung der vorgelagerten sozialen Sicherungssysteme ist das beste Instrument zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung.

In diesem Sinne erteilen wir all denen eine deutliche Absage, die unsere soziale Ordnung aufkündigen wollen und meinen, der Markt werde es schon richten.

Erwerbstätigkeit wird auch weiter für die meisten Menschen über das Maß der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben entscheiden. Unser zentrales Ziel bleibt deshalb die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Dieses Ziel wird nicht mit einem Wettlauf um die schlechtesten Arbeitsbedingungen oder die niedrigsten Löhne erreichbar sein. Wir setzen dagegen auf Investitionen, auf die Förderung von Forschung und Technologie. Unsere Chance in der globalisierten Wirtschaft besteht im Wettbewerb um möglichst gute Produkte und Dienstleistungen. Für ein rohstoffarmes und lohnintensives Land wie Deutschland kann die Lösung nur in der Steigerung der Produktivität und in der Entwicklung innovativer Produkte liegen.

Wir sind Hochleistungsland mit qualitativ hochwertigen Produkten und Produktionsverfahren und gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Unser Land ist auch deswegen ökonomisch erfolgreich, weil wir eine Kultur des Miteinanders und des sozialen Dialogs gepflegt haben. Deswegen stehen wir Sozialdemokraten zum Flächentarifvertrag, zur Tarifautonomie und zur Mitbestimmung auf gleicher Augenhöhe.

Wir Sozialdemokraten wollen gerechte Löhne für gute Arbeit. Menschen, die einer geregelten, vollschichtigen Erwerbstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können.

Wir Sozialdemokraten sind deshalb seit langem mit den Gewerkschaften im Gespräch, mit welchen Instrumenten wir für Existenz sichernde Löhne sorgen können. Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Lösung finden. Für uns stehen tarifvertragliche Lösungen im Vordergrund.

Wir müssen aber auch, gerade im Zusammenhang mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie, Regelungen finden, die eine Mindestabsicherung gegen Billiglohnkonkurrenz in den Bereichen ermöglicht, die keiner tarifvertraglichen Regelung unterliegen.

Der SPD-Parteivorstand ruft alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf, sich an den Demonstrationen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 1. Mai 2006 zu beteiligen.

Programmdebatte

Informationen aus dem Willy-Brandt-Haus

Am Montag hat der designierte Parteivorsitzende Kurt Beck auf einer Veranstaltung in Berlin die Leitsätze für ein neues SPD-Grundsatzprogramm präsentiert und damit die öffentliche Debatte begonnen. Informationen rund um die Grundsatzdebatte findet ihr ab heute im Internet unter

<http://programmdebatte.spd.de>.

Nie wieder Tschernobyl

Presseerklärung von Gabriele Lösekrug-Möller, MdB

Anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am morgigen Mittwoch erklärt die Hamelner Bundestagsabgeordnete Gabriele Lösekrug-Möller, stellv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

„Vor genau zwanzig Jahren, am 26. April 1986, ereignete sich in Tschernobyl die schwerste Reaktorkatastrophe aller Zeiten. Die Folgen des Super-GAU waren und sind immer noch verheerend: Durch die Explosion kam es zur massiven Freisetzung von Radioaktivität in unserer Umwelt. In ganz Europa wurden Flächen von mehr als 200.000 qkm kontaminiert. Heute noch leiden hunderttausende Menschen an den gesundheitlichen Folgen der nuklearen Verseuchung. Allein 400.000 Kinder leiden immer noch an radioaktiver Verstrahlung. Tschernobyl hat nicht nur umwelt- und gesundheitsschädliche, sondern auch im sozialen, psychologischen und wirtschaftlichen Bereich Spuren hinterlassen. Die wirtschaftlichen Folgekosten von Tschernobyl werden auf mehrere hundert Milliarden US-Dollar geschätzt.

Dieser Tag soll den hunderten von bürgerschaftlichen Initiativen in Deutschland und anderen Ländern gewidmet werden, die sich mit ihrem unermüdlichen Engagement dafür einsetzen, die Leiden der Tschernobyl-Opfer durch Spenden und Hilfsaktionen zu mildern. Ihnen allen gebührt unser großer Dank.

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat eine weltweite Diskussion über die Nutzung der Atomenergie ausgelöst. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich bereits vor Tschernobyl maßgeblich für den Atomausstieg der Bundesrepublik eingesetzt. Auch wenn einige Politiker anderer Parteien immer wieder den Ausstieg aus der Atomkraft in Frage stellen, die SPD-Bundestagsfraktion wird an dem vereinbarten Ausstieg festhalten. Wir werden uns nachdrücklich dafür einsetzen, dass sich eine Katastrophe wie Tschernobyl nie mehr wiederholen kann.

Um eine weiterhin konstant hohe Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten, darf nicht darüber diskutiert werden, AKW-Laufzeiten zu verlängern. Wir müssen uns verstärkt auf den Einsatz der Erneuerbaren Energien

und die Steigerung der Energieeffizienz konzentrieren. Jeder Tag, an dem wir uns dem unvermeidbaren Risiko, das jedes Atomkraftwerk mit sich bringt, aussetzen, ist ein Tag zu viel. Es ist unsere Pflicht, der nachfolgenden Generation eine Umwelt ohne dieses untragbare Risiko zu hinterlassen.“

Rechtsextremismus bekämpfen!

Gemeinsame EntschlieÙung des SPD-Parteivorstandes und SPD-Parteirates vom 24. April 2006

Der feige Überfall von Potsdam auf einen farbigen Deutschen hat zu Recht die gesamte Republik erschüttert. Leider ist der Übergriff in Potsdam kein Einzelfall. Beinahe täglich fallen in Deutschland Menschen rassistisch oder antisemitisch motivierter Gewalt zum Opfer.

Die Übergriffe der Neo-Nazis sind das schlimmste und verachtenswerteste, was gegenwärtig in der Bundesrepublik passiert. Wir werden uns weiterhin jeglichem rechtsextremen Gedankengut entgegenstellen, wo immer es auftritt und egal in welcher Form.

Im letzten Jahr wurden 15.000 rechtsextreme Straftaten begangen. Davon waren 900 Gewalttaten.

Es ist daher notwendig, dass die Bundesregierung sich weiterhin aktiv finanziell an der Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus beteiligt. Wir werden keinerlei Kürzung der Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus mittragen.

Wo Menschen bedroht sind, die Meinungsfreiheit gefährdet wird, ein Klima des Hasses und der Intoleranz sich ausbreitet, da ist unser Einsatz besonders gefragt.

Wir müssen daher die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, für Demokratie und Toleranz wie im Koalitionsvertrag festgelegt fortführen und auf Dauer verstetigen.

Wir fordern daher:

- Rassistische Übergriffe müssen mit allen Möglichkeiten des Rechtsstaates konsequent und zeitnah verfolgt werden.
- Die Zivilgesellschaft muss in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus weiterhin gestärkt werden.
- Es ist ein gemeinsames Vorgehen aller demokratischen Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Vereinen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus notwendig.
- Die Programme für Demokratie und Toleranz müssen in vollem Umfang weitergeführt werden. Insbesondere die Strukturprojekte Mobile Beratungsteams, Opferberatung und die Netzwerkstellen müssen erhalten bleiben.

Termine

Zum 1. Mai finden auch dieses Jahr wieder landkreisweit zahlreiche Kundgebungen und andere Veranstaltungen statt.

Hier eine nur eine kleine Auswahl:

1. Mai 2006

Zentrale DGB-Kundgebung in Hameln mit Wolfgang Denia, ver.di – Landesbezirksleiter Niedersachsen-Bremen
Beginn: 11.00 Uhr, Hochzeitshaus in Hameln

1. Mai 2006

100 Jahre Sozialdemokratie und Arbeit in Osterwald mit Gabriele Lösekrug-Möller, MdB
Beginn: 10.30 Uhr, Dorfgemeinschaftshaus in Osterwald

Weitere Veranstaltungstipps:

06. Mai 2006

Bayrischer Abend mit Ludwig Stiegler, MdB

Wie bereits in den vergangenen zwei Jahren, führen die Unterbezirke Holzminden und Hameln-Pyrmont im Rahmen ihrer Dialogoffensive eine gemeinsame Großveranstaltung mit einem bundespolitischen Prominenten durch. In diesem Jahr konnte mit Ludwig Stiegler der stellvertretende Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion gewonnen werden.

Beginn: 18.00 Uhr im Ausflugsrestaurant Mittendorf, Buchhagen 2, in Bodenwerder/Buchhagen

11. Mai 2006

„Jung, weiblich, arbeitslos sucht ...“

Podiumsdiskussion der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) im Unterbezirk Hameln-Pyrmont

Beginn: 19.30 Uhr im Hotel zur Krone, in Hameln

Kontakte

Unterbezirksbüro

Heiliggeiststr. 2
31785 Hameln
Telefon: +49.[0]5151.1073380
Telefax: +49.[0]5151.1073394
Email: Hameln-Pyrmont@spd.de
Homepage: www.SPD-Hamel-Pyrmont.de

Abgeordneten-Büros

Heiliggeiststr. 2
31785 Hameln
Gabriele Lösekrug-Möller, MdB
Telefon: +49.[0]5151.1073399
Telefax: +49.[0]5151.407486
Email:
Gabriele.Loeseckrug-Moeller@wk.bundestag.de
Volker Brockmann, MdL
Telefon: +49.[0]5151.1073397
Telefax: +49.[0]5151.1073395
Email: v.brockmann@web.de

Kreistagsfraktion

Heiliggeiststr. 2
31785 Hameln
Ulrich Watermann,
Fraktionsvorsitzender
Telefon: +49.[0]5151.1073385
Telefax: +49.[0]5151.1073394
Email: SPD-Kreistag-HM-PY@t-online.de